

Mittelsächsische LinksWorte

20. März 2013

Nr. 67

7. Jahrgang



Der März - der Frühlingsmonat schlechthin. Auch in diesem Jahr war er gefüllt mit wichtigen Ereignissen. Am 14. März jährte sich der 130. Todestag von Karl Marx. Am 8. März wurde der Internationale Frauentag gefeiert. Auch in Wiederau, dem heute zur Gemeinde Königshain-Wiederau gehörigen Geburtsort von Clara Zetkin. Im Bild rechts unten die Alte Schule von Wiederau, das Elternhaus von Clara Zetkin. Als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstages rief sie im August 1932 zum Kampf gegen den immer mehr erstarkenden Faschismus auf. Umsonst! Wenige Monate später rissen die Nazis die Macht an sich. Eines der ersten Konzentrationslager entstand in Sachsenburg bei Frankenberg. Hier erinnert heute ein Mahnmal an die Verbrechen der Nazis.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

1. Im Mittelpunkt:

Der Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN am 7. März

2. LINKSfraktion aktuell:

Die Sitzung des Kreistages vom 27. Februar aus der Sicht der LINKSfraktion

3. Vor achtzig Jahren:

Beginn des nationalsozialistischen Terrors auch in unserer Region

- 2 editorial & standpunkt zur „schuldenbremse“
- 3 kolumne & 5. märz in chemnitz
- 4 **titelthema 1: der kreisparteitag der linken in siebenlehn**
- 6 **titelthema 2: fraktion aktuell zum kreistag vom 27. februar**
- 8 **titelthema 3: ns-terror vor 80 jahren**
- 9 kommunale themen aktuell
- 10 unsere serie: episdoden aus der mittelsächsischen geschichte heute: meißnerisch/böhmische grenzfesten frauenstein
- 11 kreisvorstand & glückwünsche jahrestage im april 2013
- 12 termine & frauentag im geburtsort von clara zetkin

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 24. April 2013. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 17. April. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Zustellung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände zu spenden.

Spendenempfehlung: 1,00 Euro. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch an die folgende Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften mit Polemik und kritischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
 Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Marco Hinkel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ stehen unter www.links-worte-mittelsachsen.de im Internet. Dort ist auch ein Archiv bisheriger Ausgaben seit 2007 verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das Osterfest steht vor der Tür, der Frühling hat in diesem Jahr offensichtlich Ladehemmung. Aber die Bundestagswahlen im September kommen wie das Amen in der Kirche. Bereits im Februar haben Katja Kipping und Bernd Riexinger, die beiden Vorsitzenden der LINKEN, einen Entwurf des Bundestagswahlprogramm vorgestellt. Inzwischen haben auch die fünf Regionalkonferenzen zur Diskussion des Entwurfs ihren Abschluss gefunden. Im April wird der zweite Entwurf des Wahlprogramms als Leitartikel an den Bundestag im Juni in Dresden veröffentlicht. Damit biegt DIE LINKE inhaltlich in die Zielgerade der Bundestagswahlen ein.

Einen konkreten Beitrag des mittelsächsischen Kreisverbandes mit Blick auf die Bundestagswahl leistete der Kreisparteitag (Gesamtmitgliederversammlung) am 7. März. Wir berichten auf den Seiten -4- und -5- in Wort und Bild darüber. Übrigens auch über die „besondere Gesamtmitgliederversammlung“ für den Bundestagswahlkreis 163 „Chemnitzer Umland - Erzgebirge II“, zu dem auch Städte und Gemeinden aus Mittelsachsen gehören.

Gleich mit zwei Wortäußerungen von Mitgliedern unserer Redaktion - der Kolumne und dem Standpunkt - äußern wir uns zum Thema einer Verankerung der „Schuldenbremse“ in die sächsische Verfassung und wie ihr die unsozialen Zähne gezogen werden sollen.

Nun schon traditionell sind unsere ausführlichen Berichte aus der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag. In dieser Ausgabe im Mittelpunkt: Die Sitzung des Kreistages vom 27. Februar.

Als weitere kommunalpolitische Themen behandeln wir den erforderlichen Widerstand von links gegen die Wasser-Privatisierung (aus der Feder von Caren Lay, die für DIE LINKE im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mitarbeitet) sowie die aktuelle Entwicklung bei Gemeindefusionen in Sachsen und im Landkreis Mittelsachsen und was dahintersteckt.

Unser Blick auf die Machtergreifung durch die Hitler-Faschisten vor 80 Jahren führt uns heute vor allem in das „Schutzhaftlager“ Sachsenburg, eines der ersten Konzentrationslager der Nazis in Sachsen. Dieser Blick 80 Jahre zurück wird uns auch in den kommenden Ausgaben begleiten.

Mit der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Königshain-Wiederau haben wir ein Juwel der Traditionen der Arbeiterbewegung in unserem Landkreis. Vom Frauentag in Wiederau berichten wir auf Seite -12-. Die Rede von Falk Neubert zu den Frauenrechten dokumentieren wir in unserer April-Ausgabe.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie immer viel Spaß bei der Lektüre der LinksWorte!

der „schuldenbremse“ die unsozialen zähne gezogen?

von Hans Weiske

Ich ärgere mich darüber, dass die Diskussion auf dem so genannten „Kleinen Parteitag“ unseres Landesverbandes in der Außenwahrnehmung zum Großteil auf das Wort „Schuldenbremse“ reduziert wird. Auch die nebenstehende Kolumne von Michael Matthes leidet meines Erachtens darunter. Es wird der Eindruck erweckt, als habe die Fraktion der LINKEN im sächsischen Landtag in monatelangen Verhandlungen nichts anderes im Sinne gehabt, als eine Schuldenbremse in die Landesverfassung zu hieven. In Wirklichkeit dürfte es aber etwas anders gewesen sein. Das wurde mir spätestens klar, als bei einem Meinungsaustausch im Kreisvorstand die Auffassungen unserer beiden Landtagsmitglieder Jana Pinka und Falk Neubert diametral aufeinanderprallten. Dabei wurden zwei Pole sichtbar: Zum einen (bei Neubert) die prinzipielle Ablehnung der Schuldenbremse, zum anderen (bei Pinka) die Bereitschaft zum Schlucken der Kröte, wenn man im Ausgleich dafür verschiedene linke Markenzeichen, wie den Grundsatz eines „sozialen Ausgleichs“ und Garantien für einen finanziellen Ausgleich für die Kommunen in der Landesverfassung unterbringen kann. Noch etwas stieß Jana Pinka bitter auf: Monatelang habe man die Fraktion mit den anderen Parteien zur Verfassungsänderung verhandeln lassen, ohne dazu eine Meinung zu äußern. Und dann, als ein gewisses Ergebnis erreicht war, habe man sinnbildlich den Karren an die Wand fahren lassen. Übrigens war die ganze Sache im MDR sauber inszeniert. „Kleiner Parteitag der LINKEN ist mit deutlicher Auffassung der Fraktion pro Kompromiss zur Schuldenbremse konfrontiert, Gysi wird per Videobotschaft zugeschaltet, argumentiert gegen die Schuldenbremse. Teilnehmer heben brav ihre Stimmkärtchen für einen Ausstieg der LINKEN aus den Verhandlungen“. Ergo die Botschaft für die Zuschauer: Demokratischer Zentralismus wie in alten Zeiten bei der LINKEN. Die Fraktion ist inzwischen übrigens der Empfehlung des Kleinen Parteitags gefolgt und hat sich aus den weiteren Verhandlungen zur Änderung der Landesverfassung verabschiedet. Mit neun gegen sechs Stimmen, bei 29 Fraktionsmitgliedern. D.h., fast die Hälfte der Abgeordneten kniff vor der Entscheidung. Mein Standpunkt? Man hätte sich seitens der Fraktion gemeinsam mit der Bundespartei von Anfang an klar darüber werden müssen, wohin der Weg in den Verhandlungen gehen soll. Dann hätte das jetzige Dilemma vermieden werden können. Ich wäre für einen Weg von der reinen Oppositionspartei zur linken Gestaltungskraft im Parlament. Mit Kompromissen, die nicht als Anbiederung bei der CDU misszuverstehen sind.

von Hans Weiske

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
meinungsbeitrag**

Schuldenbremse ist wieder eines dieser Vertuschungsworte, das zum Unwort des Jahres taugt. Es suggeriert etwas Einleuchtendes. „Borgen bringt Sorgen“ sagte meine Großmutter. Folglich ist eine Schuldenbremse etwas Segensreiches – denkt man. Wessen Schulden sollen gebremst werden? Die des Staates, der Länder und der Kommunen, unser aller Schulden selbstverständlich. Und man vermeidet sie, indem man die Einnahmen erhöht und die Ausgaben kürzt. Die Einnahmen speisen sich aus den Geldbeuteln der Bürger – hauptsächlich. Die Ausgaben beinhalten solche Sachen wie intakte Straßen, der Bau und die Erhaltung von Kitas, die Bildung unseres Nachwuchses und derlei nützliche Dinge mehr. Natürlich muss der Bürger auch für die leider meist ineffektive Verwaltung des Gemeinwesens aufkommen. Und wenn wir uns dabei zu viel gönnen, entstehen Schulden – so jedenfalls macht man es uns weis.

Der Bürger bezahlt aber auch den Lebensunterhalt derjenigen, die man aus dem Erwerbsprozess für das eigene Leben ausgeschlossen hat und derjenigen, die man nicht genug verdienen lässt, um sich selber über Wasser zu halten. Dieses ist allerdings etwas, was der Bürger bei aller Solidarität nicht verursacht hat. Der Bürger rettet mit seinem Geld Banken und subventioniert Unternehmen. Das versucht man uns dann als Marktwirtschaft zu verkaufen. Eigentlich geht doch etwas, was nichts taugt, Pleite. Marktwirtschaft – auch wieder so ein Vertuschungswort. Es ist Kapitalismus. Den kennt allerdings jeder geschulte Linke, und die meisten Bürger fangen an zu begreifen, was das ist. Nämlich wir alle, auch die Unternehmer schaffen gemeinsam Werte in der Produktion und im Dienstleistungssektor. Das Übel am Kapitalismus ist, dass die geschaffenen Werte nicht nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, gültig auch für den Unternehmer und den Manager, verteilt werden. Der Kapitalist bekommt alles. Der Lohn des Menschen ist dabei ein Kostenfaktor, und je geringer die Kosten desto höher der Profit. Alles klar?

Nun will die Führung des sächsischen Landesverbandes DerLinken eine „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung. Ist Euch das noch klar, liebe LeserInnen der LinksWorte? (mm)

Alles in Chemnitz stand in diesem Jahr unter dem Motto „5. März – Chemnitzer Friedenstag 2013“. Auch die Losungen „Sich den Nazis entgegenstellen“ und „Nazis haben hier keinen Platz“ von Bürgerverein und Aktionsbündnis werden sich ähnlicher. Die Mahnung für die Bombenopfer bleibt wichtiger Bestandteil des 5. März in Chemnitz. Aber es formiert sich auch der Protest gegen die braune Bande, die unter dem Motto „Erinnerung verpflichtet“ unter schwarzen Fahnen und im Fackelschein auf Dummenfang geht.

Der Bürgerverein „FUER CHEMNITZ“ organisierte einer Gedenk- und Aktionsfläche FRIEDENSKREUZ auf dem Neumarkt, zur zentralen Kundgebung kamen zwar über 1.000 Menschen – aber zur Fussball-Europameisterschaft waren es dreimal mehr. Die Oberbürgermeisterin verwies



auf auf die zur gleichen Zeit stattfindende Demonstration des Bündnisses „Chemnitz Nazifrei“, der Rektor der TU hielt eine emotionale Rede.



Und die Nazis? Etwa 300 dürften in diesem Jahr zum Südbahnhof gekommen sein. Das Gelände war von insgesamt 1.800 Polizisten hermetisch abgeriegelt. Diesmal durften – im Gegensatz zum Vorjahr – die Demonstranten von „Chemnitz nazifrei“ bis zur vorgesehenen Marschstrecke der Nazis im Bereich Reitbahnstraße/Annenstraße vorrücken und somit verhindern, dass diese hier marschieren konnten. Auf der Reichenhainer Straße blockierten vor allem etwa 200 Studenten den vorgesehenen Marsch der Nazis. Denen blieb nichts anderes übrig, als ihren „Trauermarsch“ mit musikalischer Begleitung (übertönt durch die Rufe und Musik der Studenten) im Schnecken tempo etwa 300 Meter die Reichenhainer Straße entlang zu führen, dort eine „Kundgebung“ abzuhalten und auf gleichem Wege zum Südbahnhof zurückzukehren. Der Weg, wenigstens ein kleines Stück in Richtung Stadtmitte, blieb ihnen verwehrt.



Dreimal Chemnitz am Abend des 5. März 2013:

Im oberen Bild der Rektor der Technischen Universität Chemnitz, Arnold van Zyl, während seiner emotionalen Rede vor über 1.000 Menschen zur Kundgebung des Bürgervereins „FUER CHEMNITZ“ auf dem Chemnitzer Neumarkt. Auf dem mittleren Bild haben die ca. 1.500 Teilnehmer des Demonstrationzugs des Bündnisses „Chemnitz Nazifrei“ die Reitbahnstraße erreicht und dürfen später bis zur vorgesehenen Marschrouten der Nazis vorrücken. Im unteren Bild roten sich die etwa 300 Nazis vor dem Südbahnhof zusammen, um mit Fackeln und schwarzen Fahnen zu ihrem sogenannten Trauermarsch aufzubrechen. Weit kamen sie nicht!

jörn wunderlich aus limbach-oberfrohna und lothar schmidt aus döbeln auf

Auf dem Territorium des Landkreises Mittelsachsen liegen zwei Bundestagswahlkreise: der Bundestagswahlkreis 161 „Mittelsachsen“ vollständig und der Bundestagswahlkreis 163 „Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II“ teilweise. In beiden Wahlkreisen hatte DIE LINKE die Möglichkeit, ihre Wahlkreisbewerber für den Bundestag zu wählen. Die Wahl von **Jörn Wunderlich** erfolgte bereits am 2. Februar auf einer „besonderen Gesamtmitgliederversammlung“ in Limbach-Oberfrohna. Genosse **Walter Exner** informiert über diese Veranstaltung. Der Bewerber **Lothar Schmidt** wurde am 7. März auf einem Kreisparteitag in Siebenlehn als Direktkandidat des Wahlkreises 161 für den Bundestag 161 nominiert. Die Beratung in Siebenlehn diente gleichzeitig als Kreiswahlversammlung zur Nominierung der VertreterInnen des Kreisverbandes für die LandesvertreterInnenversammlung. Darüber hinaus wurden die Delegierten zum Landesparteitag und die VertreterInnen des Kreisverbandes für den Landesrat gewählt. (hw)

von **Walter Exner**, Vorsitzender des Ortsverbandes Rochlitz der LINKEN

Zum Bundestagswahlkreis 163 gehören 16 der 54 Städte und Gemeinden unseres Kreises. Das sind also nahezu 30 Prozent unserer Kommunen. Dazu kommen Städte und Gemeinden aus dem

Erzgebirgskreis und dem Kreis Zwickau. Damit erstreckte sich der Wahlkreis über drei Landkreise, was die Wahlvorbereitung sicher kompliziert macht und eine gute Koordinierung der Aktivitäten zwischen den drei zuständigen Kreisverbänden erfordert. Für unseren Bereich ist das Bürgerbüro von Jörn Wunderlich in Rochlitz der Anlaufpunkt.



Gesamtmitgliederversammlung zur Nominierung des Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 163 in Limbach-Oberfrohna. Am Rednerpult der Kreisvorsitzende im Landkreis Zwickau, Andreas Salzwedel. Im Bild unten das Bürgerbüro der LINKEN in Rochlitz.

Günstig für die Durchführung der Gesamtmitgliederversammlung war, dass der Landesverband als Einladers sich für einen Samstagvormittag entschieden hatte. War es doch vor allem für die älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Mitgliederversammlung günstig, die Heimreise antreten zu können, wenn es noch hell ist. Auch für unsere jüngeren Mitglieder, die noch berufstätig sind, war es sicher leichter, an einem Samstagvormittag zur Versammlung zu kommen.

Der Kreisvorsitzende der LINKEN im Landkreis Zwickau, Andreas Salzwedel, stellte Genossen Jörn Wunderlich als Bewerber für das Direktmandat im Bundestagswahlkreis 163 vor. Jörn Wunderlich wohnt in Limbach-Oberfrohna und möchte nach 2005 und 2009 erneut für den Bundestag kandidieren. Jörn Wunderlich ist ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend und im Ältestenrat. In dieser Funktion ist er bemüht, nicht nur zu den Bürgern seines Wahlkreises enge Kontakte aufzubauen und zu erhalten. Seine Arbeit mit den Jugendlichen findet hohe Anerkennung. In seiner politischen Arbeit, so Andreas Salzwedel, habe Jörn Wunderlich viel bewegt.

In seiner parlamentarischen Arbeit orientiert sich Jörn Wunderlich auf solche Schwerpunkte wie

- die soziale Gestaltung des Eltern-geldes
- die Besserstellung von Alleinerziehenden,
- die Neuregelung des Sorgerechtes für nicht miteinander verheirateten Eltern.

In der 16. Wahlperiode des Bundestages hat Jörn Wunderlich 600 eigene parlamentarische Initiativen entwickelt oder hat an ihnen mitgewirkt. Der stellvertretende Kreisvorsitzende **David Rausch** unterstützte im Namen des Kreisvorstandes der mittelsächsischen LINKEN den Vorschlag, Genossen Jörn Wunderlich als Wahlkreisbewerber zu bestätigen.

Bei der anschließenden geheimen Abstimmung stimmten alle Wahlberechtigten für Jörn Wunderlich. Wir als Mitglieder des Ortsverbandes Rochlitz begrüßen die Entscheidung der Mitgliederversammlung und werden Jörn Wunderlich im Wahlkampf mit aller Kraft unterstützen.

von **Hans Weiske**

Erstmals fand ein Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN an einem Wochentag statt. Am Donnerstag, dem 7. März, kamen von den eingeladenen 738 Genossinnen und Genossen 130 bis 17:30 Uhr ins „Schwarze Roß“ von Siebenlehn. Den Organisatoren muss man ein großes Lob spenden. Die Veranstaltung bis kurz vor 21 Uhr ist erfolgreich verlaufen, was bei der Vielzahl der Wahlgänge schon etwas bedeutet. Die Veranstaltung wurde durch Redebeiträge der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der LINKEN, **Caren Lay**, und des Kreisvorsitzenden **Falk Neubert** eröffnet. Während sich Lay vor allem den inhaltlichen Schwerpunkten des Wahlprogramms



Nahm am Kreisparteitag teil und sprach zu den Delegierten: Die stellvertretende Parteivorsitzende **Caren Lay**.

der LINKEN widmete, konzentrierte sich Neubert auf die Organisation des Bundestagswahlkampfes im Kreis. Dabei gelte es vor allem, über den direkten Kontakt Bürger dafür zu gewinnen, der LINKEN ihre Stimme zu geben.

Nächster Punkt war die Nominierung der Bewerber für dem Bundestagswahlkreis. Der Wahl stellte sich nur **Lothar Schmidt** aus Döbeln. Vor vier Jahren, zum Kreisparteitag in Flöha, stieg er als Bewerber, als „Roter mit dem grünen Daumen“ wie Phönix aus der Asche und wurde nominiert. Danach führte er im Herbst 2009 einen engagierten Wahlkampf, den die LinksWorte begleiteten. Ausführlich legte Lothar Schmidt dar, worauf er sich in seinem Wahlkampf konzentrieren will. Das er das sehr überzeugend tat, zeigt sich daran, dass ihm von den 111 Teilnehmern des Kreisparteitages,

kreisparteitagen der linken als ubewerber für den bundestag gewählt



Die Wahlkreisbewerber der LINKEN in den beiden Bundestagswahlkreisen im Landkreis Mittelsachsen: Jörg Wunderlich (links) und Lothar Schmidt (rechts). Auf dem rechten Bild ein Schnappschuss vom Kreisparteitag im gut gefüllten Saal des „Schwarzen Rosses“ in Siebenlehn.

die an der Wahl des Bewerbers für den Bundestagswahlkreis teilnehmen durften, 106 ihre Stimme gaben.

Mit der Nominierung von Lothar Schmidt war die wichtigste Entscheidung des Parteitages getroffen. Noch aber standen die Wahlen von 14 VertreterInnen zur LandesvertreterInnenversammlung am 27. April, die Wahlen von 12 Delegierten für die Landesparteitage in den Jahren 2013 und 2014 sowie die Wahlen der beiden mittelsäch-

sichen Vertreter im Landesrat an. Im Interesse der Quotierung von Genossinnen und Genossen mussten jeweils Frauenlisten und gemischte Listen aufgestellt werden. Insgesamt stellten sich 13 Genossinnen und 16 Genossen vor, die größtenteils sowohl für die LandesvertreterInnenversammlung, als auch für den Landesparteitag kandidierten. Folgende Genossinnen und Genossen werden unseren Kreisverband vertreten:

- Ulrike Bretschneider
- Heidemarie Erler
- Ruth Fritzsche
- Jana Pinka
- Jana Rathke
- Ute Rehnert
- Angelika Schubert
- Torsten Bachmann
- Peter Emmrich
- Uwe Fankhänel
- Falk Neubert
- David Rausch
- Lothar Schmidt
- Hans Weiske

Während der Auszählung der einzelnen Wahlgänge war die Möglichkeit zur Diskussion gegeben. Völlig überraschend - auch für Caren Lay und Falk Neubert, die durch Redebeiträge versucht hatten, Grundlagen für eine Aussprache zu legen - meldete sich niemand zur Diskussion. Weder zum Wahlprogramm, noch zu der lebhaften Diskussion im Landesverband zur Schuldenbremse oder zu irgendwelchen anderen Problemen.



Und wieder hat es David Rausch, stellvertretender Kreisvorsitzender der LINKEN, bis vor kurzem auch Vorsitzender des Ortsverbandes in Geringswalde, mit einem Porträt bis in die Lokalausgabe der „Freien Presse“ geschafft. Und das als LINKER in der Serie „Die Politstars“ von morgen. Künftig will er sich mehr seinem neuesten Projekt, einem Mix aus Lesungen, Ausstellungen, Foren und Bildungsreisen widmen. Deshalb habe er auch den Vorsitz des Ortsverbandes der LINKEN abgegeben.

Nachdem der linke Jugendverein solid sich neu konstituiert hat und der „Gründervater“ David Rausch aus Altersgründen ausgeschieden ist, sind die „jungen Wilden“ um Andy Naarmann aus Geringswalde als Vorsitzenden und Robert Sobolewski, ebenfalls Geringswalde, als Stellvertreter, mit neuen Ideen und Initiativen in das Jahr 2013 gestartet. Selbstverständlich wollen sie als Linksjugend in Vorbereitung der Bundestagswahl für DIE LINKE aktiv werden. Einen besonderen Schwerpunkt sehen sie im Mitwirken in der Kampagne „Laut gegen Nazis“

die sitzung des kreistages vom 27. februar aus linker sicht

von unserem Redaktionsmitglied
Sabine Lauterbach

Der Kreistag am 27. Februar 2013 war geprägt von der **Haushaltsdiskussion**. Der erste doppische Haushalt war zu beschließen. Nach den katastrophalen Haushaltszahlen, welche noch im Oktober 2012 vorlagen, **hat sich die Lage stabilisiert**. Dies ist **zum einen** dem Umstand geschuldet, dass die sächsische Staatsregierung nun doch mehr Zuweisungen an die Landkreise gibt, **zum zweiten** an der guten wirtschaftlichen Lage unserer Städte und Gemeinden, den damit steigenden Umlagegrundlagen für die Kreisumlage und **zum dritten** an Sparmaßnahmen innerhalb der Landkreisverwaltung.

Eine Vergleichbarkeit des Haushaltes der Doppik zum kameralistischen Haushalt der Vergangenheit ist nicht gegeben. Selbst unsere langjährigen Kreisräte müssen immer wieder in der Kämmererei nachfragen, wenn es um spezielle Haushaltsstellen geht. So sind manche Positionen geteilt und finden sich an ungeahnter Stelle wieder. Wer so tut, als mache ihm der neue Haushalt keine Probleme, hat sich diesen wohl nicht genauer und in einzelnen Haushaltsstellen angeschaut oder gar versucht, Zahlen zu hinterfragen.

Die Fraktion stellt sich jedes Jahr innerhalb einer gesonderten Fraktionssitzung dem Thema Kreishaushalt. Dazu werden der Geschäftsbereichsleiter Finanzen sowie der Leiter der Finanzverwaltung hinzu gezogen. Nicht alle Fraktionen unseres Landkreises tun dies.

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion stellt die Fraktion folgenden Antrag:

Reduzierung des Elternanteils der Schülerbeförderungskosten um jährlich 25%. Das bedeutet für 2013 minus 25 %, im Jahr

2014 minus 50 %, für 2015 minus 75 % und 2016 Wegfall. Da die Finanzierung des Schuljahres 2012/2013 abgeschlossen ist, waren folglich die anteiligen Kosten von September bis Dezember 2013 finanziell abzudecken. Das wären Kosten in Höhe von 235.875 Euro. Als Finanzierungsvorschlag gaben wir die Haushaltsstelle Sicherheit und Ordnung an. Die Einnahmen aus Bußgeldern liegen jährlich um ca. 3,5 % höher als geplant. Zudem sind durch die vielen Kfz-Umkennzeichnungen mit

Beantwortung dieser Anfrage hat jedoch überhaupt nicht unsere Zustimmung gefunden. Einzig auf die Finanzierung über den Beitrag des Landkreises an den ZVMS wurde eingegangen. Das es alternative Finanzierungsmöglichkeiten gäbe, hat der Landrat erst zum Januar-Kreistag abgelehnt. Wir fordern diesen Punkt seit Jahren und die Landkreisverwaltung ist nicht bereit mit uns darüber zu reden.

Für uns war dies ein Angebot an die Landkreisverwaltung, einen

in das Horn geblasen, dass Bildung Ländersache sei und die finanziellen Mittel für die Schülerbeförderung doch bitte vom Land Sachsen zu kommen haben. Aber dort regiert die gleiche Mehrheit wie in unserem Kreistag. Und niemand unternimmt etwas. Dass die FDP-Fraktion es ablehnt, die Sozialausgaben weiter zu erhöhen ist nicht weiter verwunderlich. Kreisrat Liebscher von den freien Wählern meinte sogar, dass unser Antrag zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung



Die Märchenburg Kriebstein - im März 2013 nochmals mit Neuschnee überzuckert. Die Burg wirbt mit dem Slogan „Sachsens schönste Ritterburg“ und den hat sie sich verdient. Den Kern der Burg bildet das Museum mit einer umfangreichen Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen

steigenden Erträgen zu rechnen.

Noch zum Dezember-Kreistag hat unsere Fraktion im Rahmen eines Antrags die Landkreisverwaltung aufgefordert, zu prüfen ob der Elternanteil der Schülerbeförderungskosten aus dem Kreishaushalt oder direkt vom ZVMS getragen werden kann. Der Landrat hat im Dezember-Kreistag den Antrag einvernehmlich mit der Fraktion zu einer Anfrage herab gestuft. Damit war er nicht im Zugzwang, sich zum Kreistag positionieren zu müssen. Die

für alle Fraktionen zustimmbaren Haushalt zu entwickeln. Auch der letzte Beobachter des Kreistages müsste wahrgenommen haben, wie wichtig unserer Fraktion dieses Anliegen ist. Aber wir sind die LINKEN, und ein Antrag von diesen ist abzulehnen. So zumindest ist der Eindruck der Beobachter. Zwar haben die anderen Fraktionen uns Recht gegeben, dass dies ein dringliches Anliegen sei, jedoch hat keine andere Fraktion auch nur einen Schritt unternommen, um die Eltern von diesen Kosten zu entbinden. Vielmehr wurde

unseriös wäre!

Unser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Jedoch gab es auch einzelne Kreisräte anderer Fraktionen, die unseren Antrag unterstützten. Der Haushalt an sich wurde auch durch die übergroße Mehrheit der CDU und FDP unterstützt. Unsere Fraktion lehnte den Haushalt geschlossen ab.

Abstimmungsergebnisse:

Antrag der LINKEN:

antrag der linksfraktion mit rechter mehrheit abgeschmettert

18 Ja-Stimmen
48 Nein-Stimmen
15 Enthaltungen

Haushalt:

57 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Eine Gemeinsamkeit hat die Haushaltsdiskussion jedoch ergeben. Allen Fraktionen fehlte ein Ausblick auf die nächsten Jahre. Hier muss die Landkreisverwaltung in der Aufstellung des nächsten Haushaltes dringend nachbessern. Mir als Beobachter ist auch aufgefallen, dass die Verwaltung in ihrer Präsentation nur auf positive Ausgaben eingegangen ist. Das Thema Verwaltungskosten wurde überhaupt nicht angeschnitten. Und das obwohl seit Jahren ein Personalentwicklungskonzept gefordert wird.

Vergabe der Abfallentsorgung im Landkreis

Nach der Ausschreibung der Abfallentsorgung im gesamten Landkreis Mittelsachsen hat die Bietergemeinschaft ARGE Abfallentsorgung Mittelsachsen für vier der fünf Lose den Zuschlag erhalten. Diese Bietergemeinschaft besteht aus der Becker Umweltdienst GmbH und der Fehr Umwelt Ost GmbH.

Grundlagen für die Abfallgebührenkalkulation des Landkreises ab 2014

In dieser Vorlage wurden grundsätzliche Dinge festgelegt, wie die Gebührenkalkulation in unserem Landkreis erfolgt. Dabei wurde auf positive Aspekte der bisherigen drei Kalkulationen eingegangen. Behälterentleerungsgebühren werden künftig einheitlich über ein Identensystem und nicht über ein Wägesystem durchgeführt. DemzufolgesollkünftigimLandkreis flächendeckend ein Identensystem

eingesetzt werden und neben einer Festgebühr ausschließlich Entleerungsgebühren pro Entleerung des Restabfallbehälters erhoben werden. Allerdings gibt es drei Mindestentleerungen pro Jahr. Das sind jedoch gegenüber dem Ist-Zustand überall weniger.

Ist Mindestentleerungen:

Freiberg: 8
Döbeln: 6
Mittweida: 4

Die Gebühren werden künftig zu zwei Terminen fällig.

Psychiatrieplan des Landkreises Mittelsachsen

Eine gesetzliche Vorschrift, der einen solchen Plan vorschreibt gibt es derzeit im Land Sachsen noch nicht. Es ist deshalb sehr löblich, dass unser Landkreis hier eine Vorreiterrolle spielt und einen solchen Plan erstellt hat. Dieser Allerdings sind Leistungen der ambulanten Psychiatrie- und Suchtkrankenhilfe auch Pflichtaufgaben der Kommunen. Der Freistaat beteiligt sich anteilmäßig mit max. 45 % an den förderfähigen Gesamtaufwendungen. Um diese zu erhalten bedarf es dieses kommunalen Psychiatrieplanes.

Da sich die Situation ändern kann, der demografischen Entwicklung Folge geleistet werden muss, ist dieser Plan fortzuschreiben. Und hier ist auch schon unser erster Kritikpunkt. Eine Aktualisierung aller vier Jahre halten wir für unzureichend. Nicht ausreichend ist auch die Versorgung im südlichen Teil des Landkreises. Es gibt regelrechte „Weiße Flecken“ im Landkreis, in denen die Entfernung bis zur nächsten Beratungsstelle über einer zumutbaren Entfernung liegt. Fragen ergaben sich auch bei der Finanzierung der Selbsthilfegruppen. Uns wurde geantwortet, dass ein übergeordneter Sozialplan in

Arbeit sei, welcher viele der Fragen beantworten würde.

Teilschulnetzplan Berufsbildende Schulen des Landkreises Mittelsachsen

Da die Entwicklung der Schülerzahlen den Anforderungen einer Mindestschülerzahl nicht erfüllt, sah man sich gezwungen die einzelnen Standorte neu zu strukturieren. Wichtig dabei ist, dass alle Schulstandorte erhalten bleiben. Die beruflichen Schulungszentren Döbeln und Mittweida fusionieren dabei.

Situation aus dem Kreis-krankenhaus Mittweida – Informationen im TOP Sonstiges

Es gab massive Kritik von Seiten der Presse, was die Information der Öffentlichkeit über den Träger hinsichtlich der Situation des Mittweidaer Kreiskrankenhauses betrifft. Der Landrat Uhlig, wies dies zurück, war ausgesprochen ungehalten über die Art und Weise, wie direkt er von der Presse mit dem Thema konfrontiert wurde. Dabei versuchte er auch mit viel Druck gegen den entsprechenden Redakteur vorzugehen. Als Beobachter eine unmögliche Situation. Auf der einen Seite eine sicherlich zugespitzte Anfrage von Seiten der Presse. Auf der anderen Seite ein Landrat, der absolut unangemessen reagiert hat. Wo kommen wir hin, wenn die Presse derart drangsaliiert wird, dass eine freie Meinungsäußerung und Information der Bürger nicht mehr möglich ist.

Aber nun zu den Fakten. Der Geschäftsführer, Her Irmer sprach von einem positiven Ergebnis im operativen Geschäft. Die Mitarbeiter aller drei Standorte wären hoch motiviert und leisten ihr am Besten mögliches. Allerdings müssen für die vielen

aufgelaufenen Überstunden Rückstellungen gebildet werden. Das Gesamt-Negativ-Ergebnis wird geringer ausfallen, als bisher prognostiziert.

Da der Freistaat nur noch Krankenhäuser in Mittelzentren fördert, benötigen wir andere Finanzierungen für Investitionen. Hier greift der Landesentwicklungsplan wieder negativ auf unseren Landkreis. Mit nur zwei Mittelzentren, Döbeln und Freiberg, ist Mittelsachsen klar benachteiligt. Und dies bei der immer älter werdenden Bevölkerung.

Das Klinikum Chemnitz, welches sich bisher am Frankenberger Standort ein gemietet hat, kündigte den Vertrag zum Jahresende. Grund seinen die schlechten sanitären Anlagen sowie die Zustände der Unterbringung. Hier beißt sich die Katze selbst in den Schwanz, denn um diese Zustände zu verbessern, muss investiert werden. Bei der derzeitigen finanziellen Situation des Krankenhauses ist dies schwer möglich. Herr Irmer hat für die kommende Woche Gespräche mit den Bürgermeistern aller drei Standorte angekündigt.

Baumaßnahmen an Kreisstraßen im Jahr 2013

Ohne Fördermittel können heutzutage keine Straßen mehr gebaut werden. Die Fördermittelbescheide sind zum Teil erst Mitte Dezember 2012 eingegangen. Folgende vier Straßenbaumaßnahmen sind für das Jahr 2013 geplant. Dabei handelt es sich ausschließlich um Maßnahmen, die ein Volumen über 300.000 Euro haben.

1. K 7734 in Voigtsdorf
2. K 7706 in Breitenau
3. K 8255 in Penig
4. K 8203 in Hausdorf

vor 80 jahren - der nationalsozialistische terror tritt auch in sachsen seine herrschaft an

Im Februar haben wir die 80 Jahre zurückliegende Machteroberung der Nazis betrachtet. Sie ging von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 über den Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. zum 28. Februar, die bereits unter der Fuchtel der Faschisten stehenden Reichstagswahl vom 5. März bis zur am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonskirche endgültig geschlossenen unheiligen Allianz der Nazi-Diktatur mit den Eliten des preußischen Militarismus. In unserer heutigen Ausgabe blicken wir chronologisch von Ende März bis auf die Monate April und Mai 1933. Zum Thema der Machtübernahme der Faschisten in unserer Region widmen wir uns den frühen Konzentrationslagern in Sachsen, vor allem dem KZ Sachsenburg bei Frankenberg mit den beiden frühen Internierungslagern der SA in Plaua und Hainichen, die 1933 existierten. (hw)

23. März 1933: Der Reichstag stimmt im Beisein von bewaffneten SA- und SS-Einheiten über das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich („**Ermächtigungsgesetz**“) ab, das die legislative Gewalt in die Hände der Reichsregierung legen soll. Die Reichstagsabgeordneten der KPD können an der Abstimmung nicht mehr teilnehmen, da sie zuvor verfassungswidrig festgenommen wurden beziehungsweise aufgrund Todesdrohungen untertauchen mussten. Trotz dieser Umstände stimmen die anwesenden Abgeordneten der SPD, auch hier fehlen einige wegen Festnahme oder Flucht, gegen das Gesetz, während die Abgeordneten aller anderen Parteien dafür stimmen.

31. März 1933: Erstes „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“. Es löst die Landesparlamente auf und bestimmt deren Neubesetzung nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März. Die Landesregierungen werden zur Gesetzgebung ohne Zustimmung der Parlamente ermächtigt. Im **zweiten Gesetz vom 7. April 1933** werden in den Ländern Reichsstatthalter eingesetzt, die für die Durchführung der „vom Reichskanzler aufgestellten

Richtlinien der Politik“ sorgen sollen.

1. April 1933: Als erstes Gewerkschaftshaus in Deutschland wird das Gewerkschaftshaus in Hannover überfallen und besetzt. Angeblich „spontane“ **Boycottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte** in ganz Deutschland, die aber nicht den von den Nationalsozialisten erwünschten Anklang bei der Bevölkerung finden.

7. April 1933: Das Gesetz mit dem beschönigenden Namen „**Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums**“ ermöglicht dem Regime die Entlassung politisch missliebiger und „nicht-arischer“ Beamter.

2. Mai 1933: Schlag gegen die Gewerkschaften: Gewerkschaftshäuser werden von der SA besetzt; **das Vermögen der Gewerkschaften wird beschlagnahmt**, führende Funktionäre werden in „Schutzhaft“ genommen.

10. Mai 1933: Bücherverbrennungen: In vielen Städten, unter anderem Berlin, Bremen, Dresden, Frankfurt, Hannover, München und Nürnberg, werden in einer organisierten Aktion Werke sozialistischer, pazifistischer, jüdischer und liberaler Autoren ins Feuer geworfen, unter ihnen von Bertold Brecht, Erich Kästner, Heinrich Mann, Karl Marx und Carl von Ossietzky.



Eine von der Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg e.V. gefertigte Skizze

Bereits drei Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 kündigten die sächsischen Nationalsozialisten an: „Die rote Mordpest wird rücksichtslos ausgerottet!“ Genau das passierte: SA und SS plünderten, verwüsteten und beschlagnahmten Gebäude und Besitz der Arbeiterbewegung, besetzten Rathäuser, hissten Hakenkreuzflaggen. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten leitete einen beispiellosen Terror ein, der in Sachsen untrennbar mit der Person des Gauleiters Martin Mutschmann verbunden ist. Wie überall in Deutschland entstanden provisorischen Haftstätten, allein

Colditz, Schloss Osterstein/Zwickau, Burg Hohnstein und Sachsenburg erlangten traurige Berühmtheit.

Als Sammelbecken für



Der Ortsvorsitzende der LINKEN Hans-Jürgen Kühn und der leider zu früh verstorbene Genosse Harry Nestler pflegen die Gedenkstätte in Plaua. Im unteren Bild die Gedenkstätte am Ort des Konzentrationslagers Sachsenburg.



etwa ein Fünftel von ihnen in Sachsen. In ihnen wurden politische Gegner, vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, ohne Richterspruch inhaftiert. »Rechtsgrundlage« für den Vollzug dieser so genannten Schutzhaft an etwa 8.000 Menschen allein in Sachsen war die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933. Während viele dieser Prügelkeller und Folterstätten noch 1933 aufgelöst wurden, entstanden Konzentrationslagern unter staatlicher Kontrolle. Lager wie

die Konzentrationslager Sachsenburg und Colditz dienten die KZ in Plaua (heute Stadtteil von Flöha), Hainichen und Leubsdorf. In Plaua wurden die „Schutzhäftlinge“ von März bis Juni 1933 in einer von Arbeitersportlern errichteten Turnhalle, in Hainichen in einem Volks- und Sportheim und in Leubsdorf ebenfalls in einer Turnhalle eingepfercht. Das KZ Sachsenburg wurde Anfang Mai 1933 unterhalb des Schlosses Sachsenburg auf den Spinnereigelände errichtet. 50 bis 60 Häftlinge, darunter viele Arbeiterfunktionäre aus Chemnitz, gehörten zu jenen, die im Mai 1933 das Lager errichten mussten. Dazu kamen noch 40 Häftlinge aus dem KZ Plaua, die man am 2. Mai 1933 nach Sachsenburg deportiert hatte. Sie mussten unter unmenschlichen Bedingungen schwere, erniedrigende Arbeiten verrichten, so schwerste Arbeit im nahegelegenen Steinbruch und beim Bau von Uferbefestigungen. Insgesamt waren in Sachsenburg bis zu 1.400 Häftlinge untergebracht. Es bestand bis zum 9. Juli 1937. Die meisten Häftlinge wurden in das inzwischen errichtete Konzentrationslager Buchenwald verlegt.



Bücherverbrennung am 10. März auf dem Berliner Opernplatz

widerstand gegen wasserprivatisierung jetzt!

von Caren Lay,
stellvertretende Parteivorsitzende
der LINKEN

Privatisierungen und Liberalisierungen haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland und anderswo immer wieder Nachteile für Bürgerinnen und Bürger und nur Vorteile für die Konzerne und die Industrie gebracht. Ob Stromversorgung, Bahn, Krankenhäusern oder im Wohnungsbau: Überall, wo der Staat sich aus seiner Verantwortung gezogen und dem freien Markt das Feld überlassen hat, wurde es teurer für die Menschen und meist sank trotzdem die Qualität der Leistungen.

Durch eine Entscheidung des Europäischen Parlamentes droht nun die Privatisierung der Wasserversorgung. Sollte eine neue Richtlinie in Kraft treten, müssen Kommunen zukünftig bei der Vergabe von Konzessionen u.a. für die städtische Wasserversorgung ab einer Auftragshöhe von 8 Millionen Euro diese europaweit ausschreiben, wenn die Dienstleistung nicht zu 80 % für die Kommune erbracht wird und der Versorgungsbetrieb nicht im kommunalen Haushalt konsolidiert wird. Kurz gesagt: Die Mehrheit stimmte dafür, die Privatisierung von Wasser möglich zu machen. Damit soll der „Markt“ für große Konzerne geöffnet werden. Künftig würde das bedeuten, dass in vielen Kommunen die Wasserversorgung in die Hände privater Anbieter kommt und die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Dienstleistungen erheblich erschwert wird.

Die Richtlinie wurde von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten im Binnenmarktausschuss durchgewunken und soll nun auf deren Wunsch entgegen dem üblichen Verfahren irgendwann in der Nacht verhandelt werden. DIE LINKE im Europaparlament lehnt die Richtlinie kategorisch ab und stimmte dagegen. Denn wir sagen: Wasser ist ein Grundrecht und darf deswegen nicht Gewinnstreben und Profitorientierung unterworfen werden.

Der Widerstand aus der LINKEN und aus der Bevölkerung hat gute Gründe. Auch für die Wasserprivatisierung gibt es bereits negative Beispiele. Seit in London vor über 10 Jahren die Wasserversorgung privatisiert wurde, spart das zuständige Unternehmen, wo es kann. Die Folge sind schlecht gewartete Rohre und dadurch immer mehr Rohrbrüche sowie ein überdurchschnittlich hoher Versickerungsanteil. Und natürlich stiegen trotzdem die Preise für die Kundinnen und Kunden. Ähnlich ist es in Portugal. Dort sind in einigen Gemeinden die Wasserpreise um bis zu 400 Prozent angestiegen.

Wasser muss für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein. Noch immer haben circa 2 Millionen Menschen in Europa keine angemessene Trink- und Abwasserversorgung. Weltweit besitzen 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu Wasser und über 2 Milliarden haben keinen Zugang zum Abwassersystem. DIE LINKE fordert daher, alle Bestrebungen zur Privatisierung von Wasser zu stoppen. Wettbewerb ist das falsche Instrument für die Güter öffentlicher Daseinsvorsorge.

Im Frühjahr wird der Antrag im Europaparlament behandelt. Und da der Ministerrat der Mitgliedsstaaten ebenfalls zustimmen muss, besteht noch die Hoffnung auf Ablehnung der Richtlinie. DIE LINKE wird sich auf allen Ebenen weiter gegen den Privatisierungswahn wehren und hofft auch weiterhin auf massiven Druck der Bürgerinnen und Bürger von außen. Fast eine Million Bürgerinnen und Bürger haben bereits auf der Homepage www.right2water.eu unterschrieben. Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt die Petition und ruft CDU, FDP und SPD dazu auf, ihren Abgeordneten zu empfehlen nicht zuzustimmen. Der Protest muss weitergehen. Wasser darf kein Spekulationsobjekt und kein Handelsgegenstand für profitorientierte Unternehmen werden, sondern muss in der demokratischen Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben.

neue gemeinde-ehen auch in mittelsachsen

von Hans Weiske

Als der neue Landkreis Mittelsachsen am 1. August 2008 aus den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida hervorging, zählte er etwa 340.000 Einwohner. Gegenwärtig hat der Landkreis noch ca. 322.000 Einwohner, allein im vergangenen Jahr ging die Einwohnerzahl um 3.006 Personen zurück. Laut der **5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen** von 2009 werden es im Jahr 2025 noch 278.000 Einwohner sein. Bei Gründung des Landkreises Mittelsachsen vor fünf Jahren gab es 61 Kommunen (21 Städte und 40 Gemeinden) und 12 Verwaltungsgemeinschaften. Per 01.01.2013 gibt es noch 54 Kommunen (21 Städte und 33 Gemeinden), von denen 15 Kommunen in 6 Verwaltungsgemeinschaften (Burgstädt, Lichtenberg, Mittweida, Ostrau, Rochlitz und Sayda) zusammengeschlossen sind.

Soviel zur Statistik. **Wie aber geht es mit den Gemeindezusammenschlüssen in Sachsen weiter?**

Bereits im Herbst 1998 wurden **Gesetze zur Gemeindegebietsreform in den sächsischen Planungsregionen** und zur **Eingliederung von Gemeinden und Gemeindeteilen in die Kreisfreien Städte** beschlossen und umgesetzt.

Nach der Kreisgebietsreform von 2008 traten die **Grundsätze für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden** vom 26. Oktober 2010 in Kraft. Im Vordergrund der „Grundsätze“ stehen neben den räumlichen Abgrenzungskriterien vor allem die Folgen des demografischen Wandels. Als Orientierung wird die Bildung von Einheitsgemeinden ausgesprochen. Die Neubildung von Verwaltungsgemeinschaften (per 01.01.2013 in Sachsen noch 74 mit 181 Gemeinden) komme nicht mehr in Betracht. Stattdessen sollen sich die noch bestehenden Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbände zu Einheitsgemeinden zusammenschließen. Zum demografischen Faktor gibt es in den „Leitlinien“ folgende Aussage: „Für die Gemeinden im Freistaat Sachsen wird unter Zugrundelegung der Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose

des Statistischen Landesamtes eine Mindesteinwohnerzahl angestrebt, die – bezogen auf das Jahr 2025 – im ländlichen Raum mehr als 5.000 Einwohner und im Verdichtungsraum unmittelbar um die Oberzentren mehr als 8.000 Einwohner beträgt.“

„Versüßt“ werden die freiwilligen Gemeinde-Ehen durch eine Bedarfszuweisung nach dem sächsischen Finanzausgleichsgesetz. Nach aktuellem Rechtsstand wird diese ab 2014 von 100 Euro für jeden Einwohner der beteiligten Gemeinden auf 50 Euro reduziert, wobei diese Regelung bei größeren Kommunen nur für die „ersten“ 5.000 Einwohner gilt. Offen ist, ob es diese Bedarfszuweisungen auch in den darauf folgenden Jahren noch geben wird.

Mit dem **Gesetz zur Erleichterung freiwilliger Gebietsänderungen** vom 18. Oktober 2012 werden Bestimmungen verschiedener Kommunalgesetze verändert. So wurde die **Sächsische Gemeindeordnung** entsprechend verändert. Als Formen von freiwilligen Gebietsänderungen sind **Eingliederung, Vereinigung, Umgliederung** und **Ausgliederung** festgelegt.

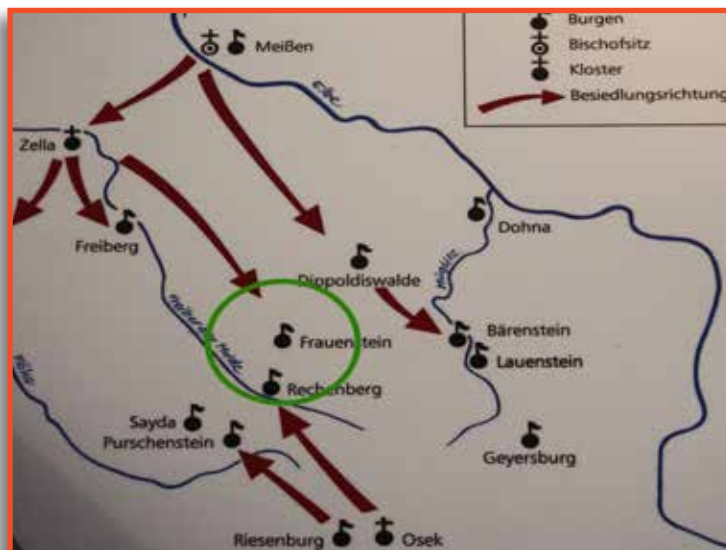
Konkret zum Landkreis Mittelsachsen: Gegenwärtig liegen mit Augustsburg, Frauenstein, Geringswalde, Lunzenau und Sayda bereits fünf Städte unter der für 2025 gesetzten Zielmarke. Hinzu kommen 28 der 33 Gemeinden. Über 5.000 Einwohnern haben nur Bobritzsch-Hilbersdorf, Halsbrücke, Lichtenau, Niederwiesa und Striegalstal. Seit dem Jahr 2010 gab es folgende freiwilligen Zusammenschlüsse:

- Eingliederung der Gemeinde Ebersbach in Döbeln (01.07.11)
- Eingliederung der Gemeinde Falkenau in Flöha (01.10.11)
- Eingliederung der Gemeinde Bockelwitz in Leisnig (01.01.12)
- Eingliederung der Gemeinde Frankenstein in Oederan (01.01.12)
- Vereinigung der Gemeinden Bobritzsch und Hilbersdorf zur Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf (01.01.12)
- Eingliederung von Ortsteilen der Gemeinde Ziegra-Knobelsdorf in Döbeln und Waldheim (01.01.13)
- Eingliederung der Gemeinde Niederstriegis in Roßwein (01.01.13)

heute teil -5- unserer zweiten serie: burg frauenstein - grenzfeste zwischen der mark meissen und böhmen

Heute widmen wir uns - wie die Überschrift schon besagt - der **Burg Frauenstein und ihrer Geschichte**. Immerhin haben wir es heute mit der größten Burgruinenanlage Sachsens zu tun. Sie befand sich über Jahrhunderte im Besitz der Markgrafen von Meißen bzw. der Kurfürsten von Sachsen, welche die Anlage als Lehen an treue Gefolgsleute vergaben.

Im Mittelpunkt von Teil -6- unserer Serie in unseren April- und Maiausgaben: Das von Böhmen aus besiedelte Gebiet um die Burgen Sayda, Purschenstein und Rechenberg. (hw)



Die nebenstehende Kartenskizze findet man im Museum Schloss Lauenstein im Osterzgebirge. Sie zeigt die zwei wesentlichen Besiedlungsströme aus Richtung Kloster Altzella (Zella) und der Burg Meißen bzw. aus Richtung des Klosters Osek und der Riesenburg. Die Burg Frauenstein entstand also auf markmeißnerischer Seite direkt im Grenzbereich zum Königreich Böhmen. Bei der Burg Lauenstein ist es in der Geschichtsschreibung übrigens noch immer offen, ob ihre Anlage durch die Markgrafen von Meißen oder das Geschlecht der Hrabischitzer von Böhmen aus erfolgte.

Bevor wir auf Frauenstein zu sprechen kommen, ist eine kurze Bemerkung zur **Burggrafschaft Dohna** nötig. Dohna ist die zweitälteste Stadt Sachsens. Die Burg wurde vermutlich um 960 durch Kaiser Otto I. erbaut. Die Burggrafschaft des Adelsgeschlechts der Donins befand sich zwischen der Markgrafschaft Meißen und dem Königreich Böhmen. **Die Burggrafen von Dohna hatten großen Einfluss bei der Besiedlung des Osterzgebirges**, kamen zu Macht und Einfluss, strebten sogar die Landesherrschaft an. So erhielt Burggraf Conrad von Dohna 1170 von Kaiser Barbarossa den Auftrag zur Errichtung der Planstadt Dresden. Dann aber teilten die Burggrafen von Dohna das Schicksal der Herren von Schellenberg (siehe dazu in unserer Februar-Ausgabe). Denn: Der Kampf um die Vorherrschaft im Gau Nisan (das Gebiet um die spätere Stadt Dresden im Elbtalkessel) führte zu ständigen Machtkämpfen mit dem Markgrafen Wilhelm I. von Meißen und gipfelte in der Dohnaischen Fehde von 1385 bis 1402. Dabei unterlagen die Burggrafen von Dohna vollständig und verloren ihren gesamten Besitz an die Wettiner.

des Erzgebirges. Nach den 1168 erfolgten Silberfunden im Gebiet der späteren Stadt Freiberg rückte das bislang unbesiedelte Waldgebirge zwischen der Markgrafschaft Meißen und dem Königreich Böhmen in das Blickfeld markmeißnerischer und böhmischer Interessen. Von beiden Seiten aus wurde mit der Anlage von Grenzschutzburgen begonnen, mit denen die jeweilige Interessensphäre voneinander abgegrenzt werden sollte (siehe dazu auch die obigen Kartenskizze).

Die Burg Frauenstein bildete eine der Grenzschutzburgen der Mark Meißen gegen das Königreich Böhmen. Bis in das Jahr 1459 verlief die offizielle böhmisch-sächsische Grenze durch dieses Gebiet. Erst durch den Vertrag von Eger gab es wesentliche Veränderungen. Mit diesem Vertrag wurde die Grenze zwischen Böhmen und dem Kurfürstentum Sachsen auf der Höhe des Erzgebirges und der Mitte der Elbe festgelegt. Diese Grenze ist größtenteils noch heute gültig. Sie

gehört somit zu den ältesten noch bestehenden Grenzen Europas. Die Burg Frauenstein hob sich gegenüber den meisten anderen Burgen der Region dadurch ab, dass sie gleichzeitig die wichtige von Freiberg über den Pass von Klostergrab (Hrob) nach Teplitz (Teplice) führenden Handelsstraße als eine der wichtigsten Passstraßen über den Kamm des Erzgebirges (die spätere **Alte Freiberg-Teplitzer Poststraße**) schützte und kontrollierte. Die Burganlage von Frauenstein befand sich dabei etwa auf halben Weg zwischen Freiberg und der böhmischen Grenze.



Der Gemeinde Frauenstein wurde im Jahr 1411 das Stadtrecht verliehen. 1438 zerstörten die Wettiner bei einer Belagerung die Burg erheblich. Im Jahr 1473 erhielt das Adelsgeschlecht derer von Schönberg die Burg. Sie ließen in den Jahren 1585 bis 1588 ein Schloss errichten. Seit der Fertigstellung des Schlosses blieb die Burg unbewohnt. 1615 wurde ungeachtet dessen die Burgkapelle erneuert. Der letzte Schönberg auf Frauenstein verkaufte 1647 seinen Besitz an den Kurfürsten Johann Georg I. Ein Brand vernichtete 1728 einen Großteil der Stadt Frauenstein und zog sowohl die Burg als auch das Schloss stark in Mitleidenschaft. Da die Burg im Gegensatz zum Schloss keinem Nutzen unterlag, verzichtete man auf ihren Wiederaufbau. (Quelle: Wikipedia)

Die Gründung der **Burg Frauenstein** war ein Ergebnis der ersten Kolonisationsphase

kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Die Sitzung des Kreisvorstandes am 25. Februar in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg beschäftigte sich mit folgenden Themen:

- **Der Verständigung zu aktuellen Fragen:** dazu sprach der Kreisvorsitzende Falk Neubert zunächst zum aktuellen Stand der Diskussion des Bundestagswahlprogramms, der anstehenden Regionalkonferenzen und der Vorbereitung auf den Bundesparteitag vom 14. bis 16. Juni in Dresden. Nächstes Thema war die Information aus der Landtagsfraktion zum Thema „Schuldenbremse“. Diese wurde vor allem geprägt durch die Meinungsäußerungen des Kreisvorsitzenden MdL Falk Neubert und MdL Jana Pinka, die als Gast an der Beratung des Kreisvorstandes teilnahm. Die Diskussion verlief kontrovers, der Kreisvorstand konnte sich nicht auf einen einheitlichen Standpunkt zum Thema festlegen.
- **Dem finanziellen Jahresabschluss:** Dazu gab es ausführliche statistische Informationen des Schatzmeisters. Das Jahr 2012 konnte mit einem Einnahmen-Überschuss von ca. 7.000 Euro abgeschlossen werden. Diese Rücklagen stehen für den Landtags- und kommunalen Wahlkampf im Jahr 2014 zur Verfügung, da die Aufwendungen für den Bundestagswahlkampf im laufenden Jahr aus dem aktuellen Budget gedeckt werden können, wenn die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden für die Partei die vorgesehene Größenordnung erreichen.
- **Dem Stand der Vorbereitung des Kreisparteitages (Gesamtmitgliederversammlung) am 7. März in Siebenlehn.** Tagesordnung und Zeitplan wurden bestätigt. Zu den noch fehlenden weiblichen Delegierten zum Landesparteitag und für die Wahlkommission wurden weitere Abstimmungen getroffen.
- **Eine Information zum Stand der Vorbereitung einer Partnerschaft des Kreisverbandes mit dem Ulm-Donau-Alb-Kreises der LINKEN zur Kenntnis.** Dazu gab es einen Arbeitsbesuch der Genossen Michael Matthes und Walter Exner im Februar. Ein Gegenbesuch wurde für das Frühjahr vereinbart.
- **Entgegengenommen wurden vom Kreisvorstand weiterhin Informationen zu Veranstaltungen mit MdL Caren Lay zu „Bezahlbare Strompreise - soziale Energiewende“ am 20. Februar im Hotel „Regenbogenhaus“ Freiberg und die Podiumsdiskussion „Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat - und zurück?“ u.a. mit dem Parteivorsitzenden der LINKEN Bernd Riexinger am 16. April in Frankenberg.**

unsere jubilarer

unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

Im monat april 2013 wird aus diesem anlass gefeiert bei:



Elfriede Richter	geb. am	01.04.1921,	in	Eppendorf
Liesbeth Uhlemann	geb. am	01.04.1932,	in	Brand-Erbisdorf
Leonore Kasper	geb. am	03.04.1921,	in	Freiberg
Horst Esche	geb. am	04.04.1933,	in	Lichtenau
Anita Wamser	geb. am	05.04.1948,	in	Brand-Erbisdorf
Irene Drexler	geb. am	06.04.1932,	in	Rochlitz
Ingeborg Wolf	geb. am	06.04.1930,	in	Freiberg
Werner Winkler	geb. am	09.04.1924,	in	Seelitz
Hilda Preiß	geb. am	10.04.1922,	in	Ostrau
Rosemarie Freudenberg	geb. am	11.04.1943,	in	Frankenberg
Ise Hoppe	geb. am	12.04.1924,	in	Penig
Else Börner	geb. am	12.04.1925,	in	Flöha
Marie-Luise Richter	geb. am	13.04.1930,	in	Erlau
Heinz Zimmermann	geb. am	15.04.1927,	in	Freiberg
Rudolf Nensel	geb. am	17.04.1928,	in	Freiberg
Marlene Hofmann	geb. am	20.04.1932,	in	Hartha
Wilfried Höhn	geb. am	20.04.1932,	in	Rochlitz
Thea Meinekat	geb. am	22.04.1932,	in	Penig
Gerda Grzeskowiak	geb. am	22.04.1920,	in	Sayda
Heinz Schulze	geb. am	26.04.1921,	in	Freiberg
Ingeborg Beckert	geb. am	28.04.1924,	in	Freiberg
Gisela Wagner	geb. am	28.04.1938,	in	Halsbrücke
Rudolf Kühne	geb. am	28.04.1923,	in	Döbeln
Ilse Schroth	geb. am	29.04.1927,	in	Neuhausen

jahrestage 2013 - monat april

- | | |
|--|--|
| 30. April 1863 Max Skladanowsky (Filmtechnikpionier) geboren | 30. April 1948: Gründung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) |
| 10. April 1913: Stefan Heym (Schriftsteller) geboren | 20. April 1953 Erich Weinert (Schriftsteller) verstorben |
| 19. April 1943: Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto. Er wird blutig niedergeschlagen | 29. April 1963: Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg. Beendigung am 10. Mai mit der Annahme der erkämpften Lohnerhöhung |
| 10. April 1948: Wilhelm Külz, Reichsminister a.D. und Mitbegründer der LDPD gestorben | 25. April 1983: Das Hamburger Nachrichtenmagazin „stern“ präsentiert auf einer Pressekonferenz angebliche Hitlertagebücher, die sich als Fälschung erweisen |
| 16. April 1948: Gründung der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit | 14. April 1988: In Genf wird der Afghanistan-Vertrag unterzeichnet, der den Abzug der sowjetischen Truppen vorsieht |
| 21. April 1948: Gründung der NDPD | 2. April 1993: Die Bundesregierung beschließt die Beteiligung deutscher Soldaten n der Überwachung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina (AWACS-Einsatz). Es ist der erste Auslandseinsatz deutscher Soldaten seit 1945. |
| 27. April 1948: Die Delegiertenkonferenz der KPD beschließt in Herne ihre politische und organisatorische Selbständigkeit in den westlichen Besatzungszonen | |
| 29. April 1948: Gründung der DBD | |

Terminübersicht

März 2013:

- 20.03. 18 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN mit MdB Caren Lay und MdL Jana Pinka (siehe nebenstehenden Veranstaltungshinweis) Freiberg, Hotel „Regenbogenhaus“
- 26.03. 17 Uhr Wahlplenium beim Landesvorstand
- 27.03. 18 Uhr Informationsveranstaltung der Fraktion der LINKEN im Kreistag Hainichen/OT Cunnersdorf Gasthof „Weiße Taube“

April 2013:

- 01.04. 9:30 Uhr Ostermarsch in Chemnitz - Treffen am Rathaus
- 13.04. Bundesweiter Aktionstag im Rahmen der Bewegung umFAIRteilen
- 16.04. 15 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann in Freiberg am Meißner Ring
- 17.04. 17 Uhr Fraktionssitzung der LINKSfraktion zum Thema Seniorenarbeit im Landkreis in Rochlitz
- 17.04. 14 Uhr Mittwochs-Café zur Umweltsituation in Freiberg mit MdL Dr. Jana Pinka Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
- 22.04. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
- 27.04. 10 Uhr
14 Uhr **Landesparteitag der LINKEN
LandesvertreterInnenkonferenz zur Wahl der Landesliste zu den Bundestagswahlen 2013**

Vorschau:

- 01.05. 10 Uhr
14 Uhr Gemeinsame Veranstaltungen in Freiberg und anderen Städten im Kreis Mittelsachsen
Treff im Waldbad Großer Teich mit Genossinnen und Genossen und Freunden der LINKEN

sowie bei der Durchsetzung von Frauenrechten. Er machte aber auch deutlich, dass der Weg noch nicht zu Ende ist. Immer noch verdienen Frauen durchschnittlich weniger als Männer und sind so gut wie gar nicht in Chef-Positionen oder Vorständen vertreten. Und auch die traditionellen Leitbilder sind immer noch präsent, siehe Ehegattensplitting oder die vor kurzem eingeführte Herdprämie. Deshalb plädierte er dafür auch weiterhin den Frauentag zu feiern um diese Missstände öffentlich zu machen. (Große Passagen aus seiner Rede werden wir in unserer Aprilausgabe veröffentlichen)

Im Anschluss wurde noch eine Grußbotschaft des Bundestagsabgeordneten Jörn Wunderlich per Video gezeigt. Er konnte diesmal leider nicht mit dabei sein, da er – passend zum Frauentag – zur gleichen Zeit in New York war und dort eine Delegation des Bundestages zu einer Frauenkonferenz leitete.



Caren Lay (MdB, stv. Vorsitzende DIE LINKE) spricht über Strompreise, Stromperren und wie sozial gerechte und bezahlbare Energieversorgung aussieht. Moderiert von MdL Jana Pinka.

Mittwoch | 20. März 2013 | 18 - 20 Uhr
Hotel Regenbogenhaus | Brückenstraße 5 | 09599 Freiberg

PODIUMSDISKUSSION VOM SOZIALSTAAT ZUM WETTBEWERBSSTAAT - UND ZURÜCK?

An: 16. April 2013, 19.00 Uhr
Mit: PROF. DR. FRIEDHELM HENGSBACH SJ und BERND RIEKINGER
Moderation: SUSANNA KARAWANSKIJ
In: Veranstaltungs- und Kulturraum „StadtPark“, Hammertal 3, 05669 Frankenberg
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

am internationalen frauentag - ehrung von clara zetkin in ihrem geburtsort



von Sabine Pester

“Ohne Gleichstellung kein Fortschritt”

Mit diesen Worten beendete Falk Neubert seine Festrede anlässlich des Internationalen Frauentags, welcher am 8. März zum 102. Mal begangen wurde. Mittelsachsen kann sich dieser Tradition natürlich als Heimat einer der großen Frauenrechtlerinnen der letzten hundert Jahre

nicht verschließen.

Wie auch die letzten Jahre lud deshalb der Ortsverband Rochlitz in die Clara-Zetkin-Gedenkstätte nach Wiederau ein, um diesen Tag in einer großen Runde zu feiern. Kinder der örtlichen Grundschule stimmten die Anwesenden mit Frühlingsliedern auf das kommende Programm ein. Danach erläuterte Falk Neubert in seiner Rede, dass im letzten Jahrhundert viel erreicht wurde in der Gleichberechtigung von Frau und Mann

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen:

Lothar Kranz aus Roßwein
Asta Gehmlich aus Lichtenberg/Sa.
Elfriede Götzelt aus Freiberg
Rudolf Richter aus Döbeln
Rudolf Schütze aus Waldheim

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.